

# Saale-Zeitung.

Verlagsdirektor: J. J. J. J.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber beim  
Raum mit 20 Pfg., solche mit 10 Pfg.  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von  
unserem Annahmestellen und allen  
Annoncen-Expeditoren angenommen.  
Konten die Seite 75 Pfg. für Halle  
und außerhalb 1 M.

Erbenhaft täglich zweimal,  
Sonntags und Feiertagen einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Gr. Dammstraße 17;  
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-  
straße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 59.

Halle a. S., Freitag, den 5. Februar

1909.

## Der Schutz Zoll für Salzheringe.

Das Verlangen von gewissen Agrariern eifrig unter-  
stützten Hochseifischerzeder nach einem Schutz Zoll über  
die Salze, die die Stelle eines solchen vertreten, wächst  
rasch, glücklicherweise aber nicht die Aussicht, daß es erfüllt  
werden wird. Einem Entgegenkommen durch die Regierung  
und den Reichstag sieht schon im Wege, daß die Fischerei-  
interessenten sowohl untereinander als auch mit der Logik  
bereits in Streit geraten sind. Unausbleiblich war es, daß  
sogar die Fischkonservenindustrie in einer Ein-  
gabe an den Bundesrat und Reichstag gegen jede Ver-  
tretung ihrer Wohlstoffe entschiedene Stellung nahm. Sie  
hat in der letzten Zeit eine erfreuliche Entwicklung genom-  
men und hat Anspruch darauf, daß der Grundgedanke der  
herrschenden Zollpolitik — Freibleiben der Rohstoffe trotz  
der Zölle auf die Fabrikate — auch ihr gegenüber aufrecht  
erhalten werde. Besonders wichtig für diesen Industriezweig  
sind die Heringe, die in wachsender Menge auch in frischem  
Zustande „eingeführt“, d. h. auf fremden, namentlich engli-  
schen Fangschiffen, in den deutschen Fischereigebieten angebracht  
werden. Von ihnen geht zwar ein großer Teil „grün“, d. h.  
frisch, in Eis gepackt, ins Binnenland, namentlich in die  
größeren Städte, wo sie eine billige Volksnahrung bilden.  
Der Rest aber wird frisch geräucher, mariniert, in Büchsen  
eingesalzt und insbesondere auch als Dauerware gefas-  
sen. Als Salzheringe genießen sie schon einen Schutz Zoll von 3 M.  
für die Tonne (Faß). Die Einführung eines Schutz Zolles für  
alle frischen Fische würde zur Folge haben, daß die Ein-  
führung frischer Heringe durch fremde Fischer — sie kommen  
auch wachsende aus Dänemark — zumindestens erheblich  
abnehmen würde. Dafür müßten dann um so mehr geladene  
Heringe eingeführt werden, die den Schutz Zoll von 3 M.  
überwinden, und die deutsche Heringsfischerei hätte auch noch  
nichts gewonnen.

Das Begehren der Fischereierzeder geht denn auch schon  
weiter: sie fordern eine Erhöhung des Zolles auf  
gesalzene Heringe um 3 Mark für das Faß, und zwar zu dem  
ausgesprochenen Zwecke, die offen eingekommenen  
Nachteile der Einfuhrerschwerung für frische Heringe wieder  
aufzuwiegen. Sie berufen sich darauf, daß eine Erhöhung  
des Zolles für Salzheringe vertragliche Abmachungen nicht  
im Wege stehen. So zieht schon eine Zollerhöhung die  
andere nach sich, wenn Bundesrat und Reichstag darauf ein-  
gehen. Dazu ist aber glücklicherweise kaum eine Aussicht  
vorhanden. Die Einfuhr von geladenen Heringen betrug im  
Jahre 1908 1 207 704 Faß (1907 übrigens 1 300 420 Faß, also  
fast 100 000 Faß mehr), wofür ein Zoll von 3,6 Millionen  
Mark entrichtet wurde. Wenn es nun ein Nahrungsmittel  
gibt, das gerade von den Armen und Arbeitern in  
erster Linie genossen wird, so sind es Salzheringe. Nur bei  
der katholischen Bevölkerung reicht der Konsum von Herin-  
gen in größeren Mengen, in der Fastenzeit und an Freitagen,  
bis in die wohlhabenden Klassen hinauf. Außerhalb dieser  
Schichten spielt der Hering eine vollständig neben-  
sächliche Rolle. Nun soll man also den Fischereierzeder zu-  
lassen, den ganz unbemittelten Klassen, wozu namentlich auch  
der Landarbeiter im Osten und wiederum in erster Linie der  
katholische (polnische) Landarbeiter gehört, eine neue Last  
aufzubürden, den größten Teil dererjenigen 3,6 Millionen Mark,  
die eine Verdoppelung des sehr geringen Salzes bedeuten würde.  
Wenn auch die Einfuhr fremder Salzheringe wirklich zurück-  
gehen, die Zufuhr mit deutschen Schiffen steigen und insolge-  
dessen der Zollentrag abnehmen sollte, so würde die Ver-  
teuerung für die Verbraucher doch dieselbe sein. Die deut-  
schen Fischereierzeder verlangen ja gerade den aus der Ein-  
führung des Zolles resultierenden Preisrückgang auf deutsche  
Heringe für sich.

Man wird zu den wirtschaftspolitisch herrschenden Par-  
teien das Zutrauen haben dürfen, daß sie dem Verlangen der  
Fischer nicht entgegenkommen. Wenn auch Dr. Dieblich  
Hahn, der Direktor des Bundes der Landwirte, die treibende  
Kraft ist, so wird er doch kaum die konservative Partei  
hinter sich haben. Nur in seinen Wahlkreisen spielen die  
Hochseifischerzeder eine solche Rolle, wie gerade in dem  
von Dr. Hahn vertretenen Wahlkreis Gesehmünde. Die  
Hauptunternehmer sind kapitalistisch organisierte Aktien-  
gesellschaften. Es will uns nicht einfallen, daß die Gut-  
besitzer und Großbauern Osteliens die Hand dazu bieten  
würden, ihren Tagelöhnern ein so frugales Nahrungsmittel  
wie den Hering zu verteuern, lediglich, damit jene Aktien-  
gesellschaften eine höhere Dividende verteilen können. Noch  
viel weniger wird das Zentrum, bei dem die erwähnten  
religiösen Momente in Betracht kommen, auf den Plan ein-  
gehen.

Der Heringsfischerei widmen sich an der Nordsee acht  
eigentliche Heringsfischerei-Aktiengesellschaften, höchstens fangen  
einige der anderen Fischereier, zu der Hauptfrage auf  
ganz anders gearteten Gang ausgehen, noch nebenbei  
Heringe. Gerade die Heringsfischerei erfährt noch besondere  
Unterstützung: sie erhält Staatssubvention in Ge-  
halt von zinsfreien Darlehen, Zinsgarantien usw. Und diese  
keine Gruppe von Unternehmern gibt sich der Erwartung  
hin, daß ihr entgegen eine neue Last von Millionen auf die  
ärmsten Klassen gelegt werden könnte! Dabei ist die un-  
annehme Konjunktur, unter der sie leiden, noch recht jung

Datum, nachdem die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts  
geradezu glänzend gewesen waren und noch bis Anfang 1907  
eine günstige Zeit herrschte.

Was nun die ja in Ära Unterjochung anbelangt,  
so darf sie nie zum Vordruck werden, um auf Umwegen den  
Effekt eines Schutz Zolles zu erreichen, sie muß sich vielmehr, wenn  
sie wirklich dem Schutze des Konsumenten dienen soll, auf  
den deutschen ebenso wie auf den fremden Fang erstrecken,  
wie es bei den bisher schon getroffenen Maßnahmen auch der  
Fall ist. Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß die  
gesundheitsliche Gefahr nicht sowohl beim Landen oder in den  
Fischmärkten erkennbar wird, sondern erst bei der Lagerung  
oder dem Versandt eintritt und sich dann schon durch den Ge-  
brauch der Fische ankündigt. Dr. Hahn hat dagegen in der  
Rede zu Städt. sanitäre Maßnahmen gerade als verdorbenen  
Schutz Zoll gefordert, indem er sagte: „Das einzige bis jetzt  
erreichbare Mittel bleibt also die Einführung der sanitären  
Untersuchungspflicht für eingeführte ausländische Fische, wie  
sie ähnlich ja schon beim Vieh besteht; es würde das die  
Konkurrenz des Auslandes schon fühlbar beeinflussen.“ —  
„Nehmt wie beim Vieh“ — dieses Wort beleuchtet grell  
den Zweck der sanitären Maßnahmen, nicht nur bei den See-  
fischen, sondern auch beim Vieh.

## Deutsches Reich.

Die Interieur-Affäre in der Budgetkommission.  
Die Budgetkommission des Reichstages  
am Donnerstag bei der Weiterberatung des Entwurfs des  
Auswärtigen Amtes nach einmal auf die Verifizierung  
des „Daily Dispatch“ zurück, und zwar im Anschluß  
an die Erörterung des Geheimrats Klehmets durch den Bot-  
schafter Grafen v. Stumm.

Es wurde von mehreren Seiten betont, daß dieser Diplo-  
mat in der Angelegenheit des „Daily Dispatch“ keine  
sehr geschickte Hand gezeigt habe; es sei deshalb auffal-  
lend, daß gerade er an die Stelle eines bei der Angelegen-  
heit des „Daily Telegraph“ vielleicht etwas unglücklicheren  
Diplomaten getreten sei. Ihm habe seinerzeit der Botschaf-  
ter der Interieur-Affäre des „Daily Dispatch“ vor-  
gelegt. Er habe ihn lediglich mit Randbemerkungen ver-  
sehen, aber keine Veröffentlichung für zulässig erklärt.  
Der Staatssekretär erklärte, daß Herr von  
Stumm, der zu den besten und bestbegabtesten Diplomaten ge-  
höre, nicht der leichteste Wort zu verlieren. Er habe  
ausdrücklich erklärt, daß die fragliche Unterredung mit dem  
Kaiser nicht stattgefunden habe, und anheimgegeben, bei der  
Veröffentlichung des Artikels zu sagen, daß manche Deutsche  
so denken, nicht aber der deutsche Kaiser.

Der Reichskanzler über die Schätzung des Volkvermögens.  
Der Reichskanzler Herr v. Bülow hat an den Verfasser  
des Buches „Reich und untertänzig Milliarden  
deutsches Volkvermögen“, Herr Arnold Stein-  
mann-Bucher, folgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, den 30. Jan. 1909.

Ihre Hochachtung  
danke ich verbindlich für die freundliche Uebersen-  
dung Ihrer Abhandlung: 350 Milliarden deutsches  
Volkvermögen.

Die in Ihrer Schrift erörterten Probleme sind  
gerade im gegenwärtigen Augenblicke für die deutsche  
Volkswirtschaft und die Finanzpolitik von erheblicher  
Bedeutung, und es ist daher mit Freude zu begrüßen,  
wenn sie einer erneuten Nachprüfung unterzogen wer-  
den. Die von Ihnen angewandte sogenannte objektive  
Methode, insbesondere die verifizierten Werte der  
Schätzung des Volkvermögens zugrunde zu legen,  
stellt sich als eine wertvolle Ergänzung der Schätzung  
auf Grund der Einkommensteuerstatistik dar, wie sie  
denn auch bereits von dem Herrn Staatssekretär des  
Reichsfinanzamtes in seinen Denkschriften zur Reichs-  
finanzreform zur Verwendung gelangt ist.

Ich bin überzeugt, daß die von Ihnen gegebene An-  
regung eine wertvolle Förderung der weiteren und  
bedeutsamen Frage mit sich bringen wird.

Mit der Versicherung größter Hochachtung  
ergebe ich mich,  
gez. v. Bülow.

Die Berechnung des deutschen Volkvermögens nach der  
sogenannten „objektiven Methode“ ist von Steinmann-Bucher  
zuerst in der Deutschen Industrie-Zeitung im Oktober v. J.  
mitgeteilt worden. Diese Berechnung ist dann auszugeweiht  
wiedergegeben in den im November v. J. vom Reichsfinanz-  
amt zur Beurteilung der Wohlstandsentwicklung Deutschlands im  
letzten Menschenalter, Seite 111.

Militärhochpost gegen die Detmolder Oper.  
Oberst von Hopfgarten, der Kommandeur des  
55. Infanterie-Regiments in Detmold, hat der Regi-  
mentsskizze mit auf weiteres die Mitwirkung bei den  
Dernachführungen verboten.

Wie man hört, wird dieses Verbot mit notwendigen  
disziplinarischen Maßnahmen begründet. Trotzdem ist man  
in Detmold über das Verbot sehr konsterniert. Die Oper  
schleht nämlich dem Publikum sehr konfessionell. Die Oper  
mit seiner Genehmigung aufgeführt, so daß es auch er von  
dem Verbot des preussischen Militärkommandos berührt wird.  
Man ist der Ansicht, daß diese Maßnahme des Regiments-

beschlusses besser schon deshalb unterbleiben wäre, um  
nicht unangenehme Erinnerungen an das Verhalten des  
preussischen Militärs in der Zeit des Thronfolgestreites wie-  
der zu erwecken.

## Neue Zoll- und Steuerbeamte.

Mit einer gegen früher erheblichen Mehrarbeit, die ihr  
die neuer Reichssteuerergänze bringen werden, rednet die  
Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern. Zweifellos  
werden jene, wenn auch bindende Beschlüsse über die Ausfüh-  
rung der Reichsfinanzreform noch ausstehen, vorzugsweise  
auf dem Gebiete der indirekten Steuern liegen. Die An-  
stellung neuer Beamter im Bereiche der genannten Ver-  
waltung aus diesem Anlaß ist daher zu erwarten, da eine  
Verwaltung der sich ergebenden neuen Stellen durch beauf-  
tragte Beamte nicht genügend erscheint. Abgesehen von  
dienlichen Bedenken würde ein solches Verfahren zu sehr  
bedeutenden Aufwendungen an Tagelohnern und Stellver-  
tretungskosten führen. Seltens des Reiches werden bedent-  
lich in Einzelstaaten die durch Erhebung und Verwaltung  
der Reichsteuern entstehenden Kosten verglichen.

## Die Nachlasssteuer in der Kommission.

Die Finanz- und Steuerkommission des Reichstages be-  
gann Donnerstag die Verhandlung über die Nachlasssteuer.  
Sämtliche Finanzminister der Einzelstaaten mochten der  
Kommissionssitzung bei. Daneben bemerkte man zahlreiche  
Regierungsbeamte.

Man tritt in die grundsätzliche Erörterung des § 1 der  
Vorlage ein: Beim Tode einer Person unterliegt deren Nach-  
lass, sofern der reine Wert den Betrag von 20 000 Mark  
übersteigt, „der Nachlasssteuer“. Der Schatzsekretär  
nimmt sofort Anlaß, sich über die Präferenzierungen der  
letzten Tage über einen bevorstehenden Rückzug der Regie-  
rung zu äußern. Von einer Veränderung des Regierungsstand-  
punktes sei keine Rede. Die verschiedenen Regierungen halten  
fest am Prinzip, daß neben dem Verbrauch auch der Besitz  
zu steuern zu werden müsse. Ein anderer Weg als der  
der Nachlasssteuer sei aber hierzu nicht gangbar. Sowohl die  
Vermögenssteuer als auch eine härtere Heranziehung der  
Einkommensteuer auf dem Wege der Matrilinearvermögen be-  
gegne unüberwindlichen Schwierigkeiten.

Für und gegen die Vorlage ist je ein Berichterstatter  
bestellt. Nachdem sie ihre Gründe entwickelt haben, lehnen  
die Vertreter der Konservern und des Zentrums die  
Nachlasssteuer rund ab. Auch die Reichspartei hat  
Bedenken, ist aber bereit, auch wenn der grundlegend § 1  
abgelehnt ist, zunächst die Steuerentwürfe weiter zu beraten.

Ein dringender Appell an die Rechte  
richtet der preussische Finanzminister. Es handle  
sich um eine Lebensfrage für die Einzelstaaten, so daß ein  
patriotisches Opfer gebracht werden müsse. Er be-  
schränkt sich insbesondere mit den von der Landwirtschaft  
erhöhen Bedenken und führt im einzelnen aus, daß die  
Vorlage ihnen Rechnung trage und der Landwirtschaft keine  
unermessliche Last zumute. Die Aktionäre liberalen  
betonen grundsätzlich die Notwendigkeit einer härteren  
Heranziehung des Vermögens und die Unmöglichkeit einer Hin-  
ausziehung dieser Regelung. Aber auch sie halten den Weg  
der Nachlasssteuer, den Moment, in dem der Tod in die Ver-  
hältnisse der Familie eingreife, nicht für den richtigen, den  
Beitrag zu erlangen. Aber sie verlangen zunächst die Durch-  
beratung der Vorlage. Für diese spricht der Vertreter der  
Freiwilligen. Er erörtert die Ertragmöglichkeiten durch  
Veredelung der Matrilinearbeiträge oder durch Reichsver-  
mögenssteuer. Von konservativer Seite wird dem stark ent-  
gegengetreten und der verfassungsmäßige Standpunkt der  
Zuwahlungs- und der direkten Steuern an die Bundesstaaten  
betont. Einer Erhebung dieses föderativen Charakters des  
Reiches würden sich keine Freunde widerleben. Der Schatz-  
sekretär wendet sich gegen diese Auffassung, daß eine Ver-  
teuerung der Verfassung in Frage stehe. Die Konserver-  
parteien machen den Vorschlag, die man sich mit der Nach-  
lasssteuer befaßt, zunächst die Angelegenheit der Erb-  
schaftsteuer zu entscheiden.

## Deutsch-polenischer Handelsvertrag.

Nach einer über Wienland aus Caracas eingegangenen  
Nachricht haben der deutsche Gesandte und der Minister des  
Auswärtigen am 26. Januar einen Handelsvertrag, Schiff-  
fahrts- und Handelsvertrag unterzeichnet, der  
Deutschland das Recht der Meistbegünstigung in  
Senezuela einräumt. Der Abschluß des Vertrages ist das  
Ergebnis langjähriger Bemühungen.

## Zum deutsch-schweizerischen Wohlkonflikt.

Zu der Antwort des Nationalrats Alfred Frey in  
der „Neuen Zürcher Zeitung“ auf die Anschuldigungen der  
„Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt das offizielle Blatt u. a.  
folgendes:

Die Erklärungen des Herrn Frey lassen erkennen, daß es ihm  
schwer fällt, den in der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 2. Februar  
gegebenen unrichtigen Sachverhalt zu widerlegen. Ein Anlaß,  
auf die Entgegnung des Herrn Frey näher einzugehen, liegt daher  
an sich nicht vor. Immerhin noch wenigstens folgendes festge-  
stellt werden:

Es ist richtig, daß die Schweiz in der ersten Befugnis des Han-  
delsvertrages es nicht unterlassen hat, auf Artikel 4 des schweizeri-  
schen Zolltariffgesetzes hinzuweisen.

Daß die deutsche Regierung, als im Jahre 1907 und 1908 die  
Mehrfache von der schweizerischen Regierung wieder zur Sprache  
gebracht wurde, es nicht absieht, in Erörterungen einzutreten,  
sagt nur, daß man deutscherseits von Anfang an bereit war, der  
Schweiz jede von ihr gewünschte Auffassung zu geben, um die  
irrigte Auffassung von dem Besehen einer Ausfuhrprämie zu be-  
heben. Der von Herrn Frey aus dieser Bereitwilligkeit ab-

zogene Schluß, daß Deutschland damit anerkannt habe, die Schweiz habe aus den Handelsvertragsverhandlungen ein Recht, die Angelegenheit auf besonderen Konferenzen zum Austrag zu dringen, ist jedoch unzutreffend. Zum Beweise dafür, daß auch die Schweizer Vertreter auf der Konferenz von 1907 unter denen auch Herr Frey sich befand, anderer Ansicht waren, sei nur auf eine Neuerung der Schweizer Vertreter in der Sitzung vom 5. Juni 1907 verwiesen, welche im amtlichen Protokoll wie folgt festgehalten wurde:

„Man (d. h. die Schweizer Vertreter) verneinte durchaus nicht, daß man keinerlei vertragsmäßiges Recht besitze, eine anderweitige Regelung dieser Verhältnisse (d. h. der auf der deutschen Einflußscheidung beruhenden Rückvergütungsfrage) zu verlangen.“

Hiermit kann hoffentlich die Polemik über die Neuktionen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission abgeschlossen werden.

## Aus den Kolonien.

### Die Schlafkrankheit.

Der Regierungsrat Dr. v. d. Hellen berichtet im Amtsblatt für das Schutzgebiet Togo über die Schlafkrankheit im Bezirk Nialaköhe. Der Berichterstatter hat auf Halsdrüsenentzündungen — ein Symptom der Schlafkrankheit — einmalig 27 000 Personen, zum zweitenmal 2578 Personen untersucht, bei 656 Halsdrüsenentzündungen festgestellt, bei 272 die Drüsenpunktion ausgeführt und bei 80 Trypanosomen gefunden, einschlägige Lebewesen, die als Erreger der Schlafkrankheit gelten.

Die Schlafkrankten wurden auf dem 12 Kilometer von Palime entfernten und 400 Meter höher gelegenen Hausberg abgedrängt; sie erhalten eine wässrige Dose, täglich 20 Pf. Nahrungsgeld und dürfen sich eine Begleitperson mitbringen, die ebenfalls 20 Pf. bezieht und den Einkauf der Lebensmittel, die Heranbringung von Wasser und Feuerungsgeld zu beorgen hat. Nach Kochs Vorschlag behandelte Dr. v. d. Hellen seine Schlafkrankten mit Atropin-Einspritzungen. Ein fieberiges Heilmittel ist jedoch Atropin in schweren Fällen nicht. Bessere Erfolge erwartet Dr. v. d. Hellen von einer konstanteren Behandlung mit Atropin und einem anderen Heilmittel, z. B. Narkupipin oder Tartarus stibiatum. Das aber erfordert die dauernde Anwesenheit eines Arztes im abgedrängten Krankenlager. Da letzteres für weitere Ausbeutung keinen Raum mehr bot, soll es vom Hausberge in die Kumahogebirge verlegt werden; es hat in Dr. v. Hellen einen eigenen Arzt erhalten.

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Februar.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben. Präsident v. Ardenne eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. Das Haus erteilt dem Vorredner des verstorbenen Abg. Jürgensen (nlt.) durch Erheben von den Plätzen.

### Beobachtungsordnung.

#### (Dritte Sitzung.)

In der allgemeinen Besprechung erklärt

#### Abg. v. Schenckendorff (nlt.):

Wir werden bei den Beschlüssen der zweiten Lesung stehen bleiben und glauben, damit auch den wohlhabendsten Interessen der Beamtenchaft selbst zu dienen. Freilich besteht noch mancher Sonderwille, doch darf man nicht vergessen, daß auch zahlreiche Wünsche bereits erfüllt sind. Es sind 15 Millionen Mark über die Regierungsliste hinaus bewilligt worden. Wir müssen auch die Steuerkraft des Landes schonen. Das Mittelwählen scheint mir bei der Gehaltsauflockerung am schlechtesten ausgefallen zu sein, während für Seminare und Präparandenanstalten mehr getan ist. Es würde sich empfehlen, an jedem Seminar einen zweiten Oberlehrer anzustellen. Lebsatz zu bewahren ist, daß die geprüften Turnlehrer berücksichtigt worden sind. Von allen Seiten und auch von der Staatsregierung fordert man heute die Pflege der leiblichen und sittlichen Entwicklung der Jugend. Da ist die Zurückführung der Turnlehrer weber zu verstehen, noch zu rechtfertigen. Der Redner dankt zum Schluß den Kommissionsmitgliedern ebenso wie dem Finanzminister und seinen Mitarbeitern für die fleißige Mitarbeit an dem Zustandekommen der Beobachtungsreform. (Beifall bei der Natl.)

#### Geheimrat Tillmann:

Die Turnlehrer in den kleinen Städten sind jetzt denen in den größeren gleichgestellt. Es geht nicht an, sie mit den Gelehrten gleichzustellen, da diese eine andere Vorbildung haben. Nachschick liegt die Sache mit den Walfischern.

#### Abg. Wollmann (konf.):

Wir bebauern, daß für die Beamten manche Wünsche unerfüllt geblieben sind. Die Finanzen des Staates geboten uns aber, Spars zu machen. Bei der Berücksichtigung der Vorlage tut jeder Eile not, da die Beamten auf die Gehaltserhöhungen warten. Bei den unannehmbaren Vorschlägen der Sozialdemokraten können die Beamten sagen: Schickt uns vor diesen Freunden! Sozialdemokraten kann man in der Beamtenchaft mit der Latere suchen; die Beamten im Lande stehen in unerschütterlicher Treue zum König, in treuer Pflichtenfüllung und redlicher Hingabe an ihr Amt, sei es in guter, sei es in schwieriger Zeit. (Beifall rechts.)

#### Abg. Gattin (Ztr.):

Dem Kompromiß rufe ich mit gemischten Gefühlen gegenüber. Manche berechtigende Forderung der Beamten ist nicht erfüllt worden. Die Gehaltssekretäre sind leider noch nicht mit den Regierungssekretären gleichgestellt. Die Ansicht der Regierung, daß diese Gleichstellung in der Gehaltsordnung erfolgt ist, ist nicht richtig.

#### Unterschiedsfrage v. Dombois:

Wenn die Gehaltssekretäre noch immer behaupten, daß sie schlechter gestellt sind, als die Verwaltungssekretäre, so können sie sich am allerwenigsten auf die gegenwärtige Vorlage berufen, denn sie sind um volle 700 Mark im Entgelt aufgebessert, während die Verwaltungssekretäre nur um 300 Mark erhöht worden sind. Wenn man den Gehaltssekretären das gleiche Angebotsgehalt geben würde, würden wir die Verwaltungssekretäre tatsächlich schlechter stellen, da sie viel später zur Einstellung kommen. (Zustimmung rechts.)

#### Abg. Ernst (fr. Vgl.):

Die Volksschullehrer haben einen so schweren Beruf, daß man ihnen nicht so allerschweren Nebenämter aufpassen sollte. Vor allem müssen sie auch im Interesse ihres Standes von den niederen Kürtendienstleistungen befreit werden, und soweit sie als Organisten tätig sind, müssen sie früher entfähig gemacht werden. Geht entgegen-

ist der Beruf der Seminarlehrer, ihre Besoldung steht in keinem Verhältnis zu dem Umfang und der Bedeutung ihrer Tätigkeit. Auch die Seminarbibliotheken werden ungenügend besetzt. Überhaupt regeln die Gehälter der Lehrkräfte an den Seminaren keineswegs zum Eintritt in die.

#### Abg. Ströbel (Konf.):

Die ganze Besoldungsfrage läßt das notwendige Wohlwollen der Regierung für die Beamten vermessen, vor allem für die Unterbeamten. Der Finanzminister hat als Argument gegen unsere Anträge angeführt, ihre Annahme würde zur Folge haben, daß im Jahre 1910 die Zahl der Beamten und Lehramtsangehöriger über 300 000 betragen würde. Das ist eine tolle Überzählung. Nur gegen einige Kategorien der höheren Beamten zeigt die Regierung ausgesprochenes Wohlwollen. Am so beständig ist der Mangel an Wohlwollen für die Unterbeamten. Da hat die kaiserliche Regierung anders, beinahe umgekehrt gehandelt. Es ist bezeichnend, daß Preußen sich weigert, den Unterbeamten dieselben Sätze zu gewähren, wie Bayern, das doch erheblich weniger Kapitalkraft hat. Die 17 Millionen Aufwands, den unsere Anträge beinhalten würden, lassen sich durch eine ganz minimale Erhöhung der Vermögenssteuer, namentlich für die hohen Vermögen, aufbringen. (Beifall bei der Konf.)

#### Abg. v. Pappenhain (konf.):

Es ist für jeden, der die Materie auch nur einigermaßen kennt, eigentlich überflüssig, auf die Rede des Vorredners einzugehen. Es ist entweder ein Produkt seiner wässrigen Unkenntnis oder des absichtlichen Verschweigens seiner Kenntnis des Sachverhalts. Die Unterbeamten sind nicht weniger beachtigt worden als die mittleren und oberen; sie werden in der Vorlage um 20 Pro. die mittleren und höheren nur um 7 1/2 Pro. aufgebessert. Auch im Wohnungszuschlag werden sie nicht gegenüber den mittleren und höheren Beamten zurückgestellt. Doch ist der Wohnungszuschlag der Unterbeamten in der letzten 2 Jahren um 100 Prozent erhöht worden. Man kann kaum annehmen, daß die Besoldungen des Abg. Ströbel auf Unkenntnis beruhen; wenn er seine Pflicht getan hat, muß er wissen, daß jene Behauptungen unrichtig sind. Sie sind eben lediglich als Agitationsworte aufgestellt. (Beifall rechts, leb. Widerspruch bei der Konf.)

#### Die Besprechung wird darauf geschlossen.

In der Einzelberatung werden die Besoldungsklassen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unverändert angenommen. Eine Änderung tritt nur ein bei den Hochschulrätinnen und Lehrkräften in den Gehaltsklassen der Justizverwaltung und bei der Strafvollzugsverwaltung, die aus Klasse 10 in Klasse 11 B übergeführt werden. Sie erhalten statt 1400—2400 Mark 1400—2500 Mark.

In der Gesamtsitzung wird darauf die Besoldungsanträge in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung des Staatsvertrages zwischen Preußen und Hamburg betreffend die

#### Verbesserung des Fährmeisters der Elbe

und die Änderung der Landbesitzungen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg. Der Vertrag behandelt eine durchgreifende Regulierung der Elbe von der Seeemündung bis Brunsbüttel, von der die weitere Verletzung des Röhlsbrands einen Teil bildet, ferner die Verletzung der Interessen von Bauwerkstätten bis zur See, Gebietsabtretungen und Grenzregulierungen, den Bau einer Eisenbahn von Harburg nach Hinteendörp, sowie Maßnahmen im Interesse des Altonaer Hafens und zum Schutze der Landeskultur und Fischerei.

#### Minister Weitenbach

begründet die Vorlage. Die bedeutendste und schwierigste Frage ist die Verteilung des Röhlsbrand. Schon seit zwei Jahrzehnten haben die Verhandlungen über dessen Verteilung. Seit in Hamburg bereit, einer Verteilung auf 10 Meilen im mittlerem Hochwasser zuzustimmen, stellt aber eine Reihe von Forderungen. Die wesentlichste Schwierigkeit beruht darauf, daß Hamburg Schädigungen von der Verteilung erwartet. Zu weitgehenden Forderungen Hamburgs müßten zurückgewiesen werden, andererseits dürfen aber auch die Interessen des ganzen Deutschen Reichs nicht außer acht gelassen werden, die darin liegen, daß Hamburg eine Stellung als Westhafen einnimmt. Wir hoffen, den Mittelweg gefunden zu haben. Die Gesamtsitzung fallen ganz überwiegend Hamburg zur Last. An der Aufbringung des preussischen Anteils soll sich die Stadt Harburg beteiligen. Sie verhält sich aber zunächst ablehnend, obwohl hantierensteis Harburg große Zuwendungen zuteilfallen müssen, bis Harburg in angemessener Weise zu den Kosten beiträgt. Ferner hat Altona eine große Zahl von Forderungen aufgestellt, die nicht anzustreben sind. Ich empfehle, die Vorlage in der Kommission zu beraten. Nach eingehender Beratung dort wird auch das Haus dem Staatsvertrage zustimmen.

#### Abg. v. Armin-Jüdelmann (konf.):

Technisch haben wir wenig Bedenken gegen die Vorlage. Hamburg hat das allergrößte Interesse an dem Vertrag. (Sehr richtig rechts.) Wenn nicht die größten Schiffe in Hamburg anlegen können, kann es mit Rotterdam und Amsterdam nicht konkurrieren. Die Verteilung des Röhlsbrandes muß auch über 10 Meilen hinaus möglich sein. Die jetzigen Wünsche der Altonaer überfließen. Die Handelskammer hat doch den Vertrag mit Jubel begrüßt. Wir wollen gegen Hamburg keine engergehe Politik, wollen aber auch nicht preussische Interessen schädigen. (Beifall rechts.)

#### Abg. Lust (Kopf. b. Natl.):

Der Vertrag bildet ein Stück parlamentarischer Geschäfte. Er zeigt, welche Wohlpostellung sich Hamburg an der Unterelbe erkämpft hat. (Zustimmung.) Die Politik Preußens Hamburg gegenüber war von jeher mit Freundschaft verbunden. Es war ein Ausfluß der großzügigen Politik Preußens gegenüber den kleineren Bundesstaaten. Hamburgs Leistungen sind nicht unermesslichmäßig groß. Harburg hat ja Vorteile von dem Vertrag. Es hat sich aber auch nicht geweigert, Opfer dafür zu bringen. Die kommunalen Finanzen von Harburg dürfen nicht denegiert werden.

#### Abg. Reinhardt (Ztr.):

Die Vorlage wird aufnehmend den Hamburger Interessen mehr gerecht als den preussischen. Das haben die kaufmännisch gewandten Hamburger glänzend erreicht. Warum soll Preußen Altona entschädigen? Das ist doch Sache Hamburgs. Wenn möglich, müssen über diesen Punkt neue Verhandlungen mit Hamburg geführt werden. Wenn Hamburg preussisches Gebiet benötigt, soll es auch an sein Gebiet abtreten. Dem Wasserrecht an der unteren Elbe muß endlich ein Ende gemacht werden.

#### Abg. Waldenroth (fr.):

Es handelt sich um eine destinationale Frage. Hamburg muß konkurrenzfähig bleiben gegenüber Amsterdam und Rotterdam. Es hat sich aber sehr zugunsten gezeigt. Es will Harburg nicht hoch kommen lassen. Wir müssen darum die preussischen Interessen energig wahrnehmen.

#### Abg. Dr. Weidmann (fr. Vgl.):

Altona hat dem Vertrage keine Schwierigkeiten gemacht. Man sollte aber auch seinen Wünschen Rechnung tragen. Nächstens feiert

es die 50jährige Zugehörigkeit zu Preußen. Wir wollen hoffen, daß wir dann mit besonderer Freude dieser Zugehörigkeit gedenken können. (Beifall.)

#### Abg. Dr. Hahn (konf.):

Die Hamburger Unterhändler haben sich den preussischen Überlegen gezeigt. Redner reicht unter allgemeiner Beifallung seit Volkstagen her, die einen Senator in Amt und Würden zeigen, der von einem preussischen Schatzmann angefangen, dort wurde bekannt, wir hätten auf dem alten Ostpreussischen Hofe die Hofkammer zu Hamburg verfallen. Die Hofkammer müssen zahlen. Das Gegenteil ist richtig, die Hofkammer und besonders die Hofkammer zu Hamburg, die Preußen nicht ebenso von dem königlichen Kaufmannsamt erfüllt als in die Hand drücken. Es sollte keine Kirchturnerpolitik treiben, sondern großzügige und nationale Politik. (Beifall rechts.)

#### Minister Weitenbach:

Die Kritik des Vorredners war sehr temperamental, aber sie war auch sehr stark paritätisch angefaßt. Wir haben bei diesen Verhandlungen zu keiner Zeit die großen nationalen Interessen aus dem Auge verloren.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abg. v. Witt (fr.) und Ceder (natl.) geht die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (Wahl eines neuen Schriftführers an Stelle des Abg. Jürgensen, Gehör der Erhöhung des Grundkapitals der Zentralgenossenschaftsvereine, Schluß 5 1/2 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

198. Sitzung vom 4. Februar 1 Uhr.

### Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichsanwaltschafts des Innern.

Es liegen hierzu vor elf Resolutionen, darunter zehn zum Ausgabebetriebe

#### „Staatssekretäre“

mit der Beratung beginnt.

Das Zentrum hat vier Resolutionen eingebracht: eine Resolution über auf Erlass einer Justizreform, eine Resolution über auf Erlass einer Justizreform, eine Resolution über auf Erlass einer Justizreform, eine Resolution über auf Erlass einer Justizreform. (Beifall rechts.)

Die Resolutionen sind: 1. Ein Gesetz über die Verhältnisse der Staatssekretäre des Innern. 2. Ein Gesetz über die Verhältnisse der Staatssekretäre des Innern. 3. Ein Gesetz über die Verhältnisse der Staatssekretäre des Innern. 4. Ein Gesetz über die Verhältnisse der Staatssekretäre des Innern.

#### Abg. Triborn (Ztr.)

richtet zunächst einige Fragen an den Staatssekretär: ob ein Enquete in Sicht sei über die Lage des Kleingewerbes, einschließlich des Kleintanzenhandels, insbesondere auf dem platten Lande? ob eine Regelung des Submissionswesens in Ergänzung der Gesetzgebung gegen unzulässige Wettbewerbsverfahren geplant sei? ob ein Gesetz über die Verhältnisse der Staatssekretäre des Innern geplant sei? Sodann befragt Triborn die vorliegenden Resolutionen des Zentrums erinnert daran, daß der Reichstag im Vorgehen durch Resolution eine Regelung des Submissionswesens verlangt habe. Eine Antwort der Regierung hierauf liegt leider noch nicht vor. Sicher ist, daß die Frage des Submissionswesens nicht erst ruhen werde, ehe nicht ein Gesetz über die Verhältnisse der Staatssekretäre des Innern erlassen ist. Unerlässlich ist ferner eine erneute Regelung der Verhältnisse der Staatssekretäre des Innern. Auf Verbesserung der Wohnverhältnisse der Arbeiter ist hinzuwirken durch verstärkte Antragsnahme der Fonds der Invaliden-Versicherungsanstalten. Nachdem die Frage eines einheitlichen Reichs-Rechts- und Verwaltungsrechts nunmehr erledigt ist, bleibt noch übrig eine Regelung des Rechts der Submissionsverfahren. Endlich lege Triborn dem allezeitigen Gemüht auf ein gesetzgeberisches Befragen gegen das Kartellgesetz. Die Regierung scheint allerdings bisher Frage ziemlich still gegenüber zu sein. Wenn man, wie dies so oft geschieht, über die Fülle der Resolutionen klagt, so sage er nun ja, jeder Stand hat seine Wünsche! Und alle diese sozialpolitischen Wünsche dienen, das soll man doch nicht vergessen, der sozialen Hebung der Massen! (Beifall.)

#### Abg. Wollmann (natl.):

Eine Mehrleistung über das hinaus, was an sozialpolitischen Aufgaben dem Reichstag bereits beschaffen ist, ist nicht möglich. Ein Gesetz über die Verhältnisse der Staatssekretäre des Innern ist nicht zu verlangen. Das kommt aus der Session in der relativ geringen Zahl der Resolutionen zum Ausdruck. Zu bebauern ist, daß in der Vorlage gegen unzulässige Wettbewerbsverfahren nicht ein Gesetz über die Verhältnisse der Staatssekretäre des Innern vorgesehen ist. Das ist ein unparteilicher Mann ist, der das Vertrauen der Masse besitzt. Daß bei der Unfallversicherung noch Mängel sich zeigen, mag sein. Es ist aber anzuerkennen, daß bei den Verhältnissen der Staatssekretäre des Innern viel getan worden ist. Wenn man sieht, wie von den Verwaltungsverhältnissen gesagt wird über die kleinen Renten, über die Art der Dotierung des Referendats, über die Belohnung des Handwerks, so sollte man sich jedenfalls bitten vor einer Vermehrung des Verwaltungsapparats. Gerade eine Vereinfachung empfiehlt sich. Bezüglich des Referendats liegt ja eine Resolution vor. Und nachdem ich in den letzten Wochen so viel Klagen gerade aus Handwerkskreisen vernommen habe über zu große Belastung mit Beiträgen, meine ich allerdings, daß diese Resolution von der Regierung sorgsam geprüft werden sollte! Wie Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit der Arbeiter-Verhältnisse über den 1. Januar 1910 hinauszuhalten. Dem möchte ich nicht beistimmen. Denn es würde doch einen zu schlechten Eindruck machen, wenn wir den bei der Sozialversicherung gefassten Wunsch nicht erfüllt hätten wollten. Die Bedeutung der Frage des Rechts der Verwaltungsverhältnisse wird nicht etwas übersehen. Trotzdem haben aber die Regierungen ein Interesse daran, weil sie dadurch eine gewisse







Berliner Börse, 4. Febr. 1919

Main table containing market data for various securities, including bonds, stocks, and exchange rates. Columns include instrument names, prices, and other market indicators.

Die... find... Stellen... herau... ein... brü... in... Einzel... Berlin... wä... etw... in... Wort... betr... ra... ein... abge... auf... bre... ru... den... be... der... Re... fe... in... der... Gr... Zent... br... bring... polit... lich... die... Mat...